

Bei der Landtagswahl 2022 entscheiden die Menschen in Niedersachsen über die Zukunft unseres Landes. Diese Zukunft wird von großen Veränderungen geprägt sein. Die Digitalisierung erfasst immer mehr Lebensbereiche. Sie verändert unser Leben, Lernen und Arbeiten. Der Klimawandel erfordert neue Strategien auf dem Land und in der Stadt. Und die demografischen Veränderungen bringen große Herausforderungen mit sich.

Wir Freie Demokraten wollen das Land in die Lage versetzen, den Menschen bei den Veränderungen der Zukunft beiseitezustehen. Dabei geht unser Ehrgeiz über das Mittelmaß einer Großen Koalition hinaus. Wir wollen Niedersachsen eine Richtung geben und unser Land gemeinsam mit den Menschen in die Zukunft führen. Niedersachsen bewegt sich – hin zu einer Politik, die konkrete Probleme der Menschen löst und die unser Land auf die Zukunft vorbereitet.

INVESTITION ERMÖGLICHEN - HAUSHALTSDISZIPLIN WAHREN

Drei-Säulen-Modell für eine neue Investitionsdekade: Niedersachsen steht vor einem riesigen Investitionss-tau, für den die aktuelle Landesregierung keinen Plan und keine Lösung hat. Hochschulen, Universitätsmedi-zin, Krankenhäuser, Polizeigebäude oder Gerichte – quasi bei allen Landesliegenschaften besteht drin-gender Handlungsbedarf, der nicht länger aufgescho-ben werden kann. Wir gehen von einem Investitionsbe-darf in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro in den nächsten 10 Jahren aus.

Als erste Säule einer neuen Investitionsdekade wollen wir für die Modernisierung des Landes gezielt staatli-che Mittel bündeln und gleichzeitig auf privates Kapital setzen. Dafür wollen wir Modernisierungspart-nerschaften im Rahmen von standardisierten Öffent-lich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) auf den Weg bringen, die durch engmaschige parlamentarische und gesellschaftliche Kontrolle nicht nur finanzielle,

sondern vor allem auch qualitative und zeitliche Vorteile sowie Effizienzgewinne bei Herstellung und Betrieb erzie-len können. Wir wollen dafür ein Kompetenzzentrum ÖPP aufbauen, das alle relevanten Risiken und Chancen evalu-iert und geeignete Projekte im Sinne des Landes und der Bürgerinnen und Bürger begleitet und gestaltet.

Als zweite Säule wollen wir die NBank von einer klassi-schen Förderbank zu einer Investitionsagentur weiterent-wickeln. Durch die Vergabe von Darlehen am Kapital-markt mit Förderleistungen des Landes, die in Form von Zinsvergünstigungen, Tilgungsnachlässen oder Garantien fließen können, besteht die Möglichkeit, neue Handlungs-felder zu erschließen. Diese können in den Bereichen Krankenhausinvestitionen, Wohnraumförderung, nachhal-tige Mobilität und Digitalisierung liegen und Potenziale für noch mehr Investitionen schaffen.

Die dritte Säule besteht in der Schaffung eines Sonderver-mögens zur Modernisierung der Landesliegenschaften. Wir wollen, dass das Land selbst aktiv und nachhaltig die Sanierung und Modernisierung des Landes angeht – mit einem langfristigen Plan und struktureller Finanzierung. Nicht für alle Vorhaben sind indes ÖPP geeignet. Deswe-gen sind staatliche Eigenfinanzierungen unabdingbar. Hierfür halten wir es für angemessen, ein Sondervermö- gen mit dem Zweck der Modernisierung der Landeslieg-enschaften mit jährlich 100 Millionen Euro auszustatten.

Für Oldenburg bedeutet das: Für uns Freie Demokraten ist Nachhaltigkeit nicht nur eine Frage der Umweltpolitik. Gerade in der Finanzpolitik ist sie von entscheidender Bedeutung. Nur eine disziplinierte Haushaltspolitik eröffnet Handlungsoptionen in der Krise. Als FDP Niedersachsen haben wir als einzige Partei mit dem Drei-Säulen-Modell einen Entwurf vorgelegt, der notwendige Investitionen ermöglicht und gleichzeitig die Schuldenbremse beachtet. Dieses innovative Modell wird sich positiv auf die techni-sche Infrastruktur und Landesliegenschaften (wie bspw. die Hochschulgebäude) in Oldenburg auswirken. Instrumente aus dem Drei-Säulen Modell können insbesondere auch für unsere Stadt Oldenburg die Grundlage eines zukünftigen, stabilen Haushalts sein.

KOMMUNALE FINANZEN VERLÄSSLICHER GESTALTEN

Wir wollen durch die aufkommensneutrale Abschaf-fung der Gewerbesteuer und die Schaffung von eigenen Hebesätzen bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer das finanzielle Fundament der Kom-munen verlässlicher gestalten. Die Belastung für die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger soll dadurch nicht steigen. Außerdem ist eine Abschaffung der Gewerbesteuer auch ein Beitrag zur Steuerverein-fachung. Anreize zu Steuererhöhung im Finanzaus-gleich bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer wollen wir beseitigen und eine Steuerbremse im kom-munalen Finanzausgleich schaffen.

Für Oldenburg bedeutet das: In den letzten Jahren hat sich der Haushalt der Stadt Oldenburg positiv entwickelt. Die ersten Anzeichen einer Trendumkehr sind aber in diesem Jahr bereits eingetreten. Das politische Wünsch-Dir-was der rot-grünen Ratsmehrheit muss umgehend gestoppt werden. Um der Verwaltung eine größere Ver-lässlichkeit in der Haushaltsplanung zu ermöglichen, stellen wir uns hinter die Abschaffung der Gewerbesteuer und treten für die Schaffung eigener Hebesätze bei Ein-kommens- und Körperschaftssteuer ein.

TRÄUME VOM EIGENTUM ERMÖGLICHEN

Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer: Eigentum ist eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft. Besonders junge Familien und Bürgerinnen und Bürger mit kleinem und mittlerem Einkommen haben es aber immer schwerer, Wohneigentum zu erwerben. Wir wollen die Schaffung von Wohneigentum unterstützen. Wir wollen Anreize für mehr Eigentümer schaffen und auf der Basis einer neuen bundesrechtlichen Regelung einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einführen.

Jede und jeder soll für eine privat genutzte Immobilie einen Freibetrag von 500.000 Euro erhalten.

Bauland soll auch zukünftig für unterschiedliche Wohn-formen genutzt werden dürfen, um den unterschiedli-chen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Einseitige Verbote, wie beispielsweise zum Bau neuer Einfamilienhäuser, lehnen wir ab.

Für Oldenburg bedeutet das: Als Freie Demokraten wollen wir mehr Menschen den Erwerb von selbstge-nutztem Wohneigentum ermöglichen. Dabei möchten wir Menschen nicht vorschreiben, ob sie sich ihren Traum vom freistehenden Einfamilienhaus oder der bedarfsgerechten Wohnung erfüllen. Einseitige Bauver-bote (freistehende Einfamilienhäuser) wird es mit der FDP nicht geben. Das Oldenburger Bürgerhaus als Stadtbildprägendes Element muss auch in Zukunft für unsere Stadt erhalten bleiben.

BEZAHLBAREN WOHNRAUM OHNE PLANWIRTSCHAFT

Wir wollen die Zuschüsse des Landes für den Sozialen Wohnungsbau besser nutzen, um deutlich mehr Investi-tionen auszulösen und mehr Wohnungen zu schaffen. Die NBank als Förderbank des Landes soll zur Investi-tionsagentur weiterentwickelt werden. Um günstigen Wohnraum langfristig zu sichern, sollte das Land die Kommunen darin unterstützen, geeignete eigene Flächen als Erbbaugrundstücke zur Verfügung stellen zu können und mit Anbietern günstigen Wohnraumes dadurch günstigere Belastungen auch über längere Zeiträume als die Förderdauer hinweg aushandeln zu können. Anhand praktischer Erprobung in Modellpro-jekten sollen Empfehlungen entwickelt werden, welche Auflagen im Sinne günstigen Bauens entbehrlich sind, wo geschickte Baugestaltung zu Materialersparnis oder geringerem Energiebedarf führen können. Wir sprechen uns gegen die Schaffung einer Landes-wohnungsbaugesellschaft aus.

Für Oldenburg bedeutet das: Auch in Oldenburg werden die frei zu beplanenden Flächen immer knapper. Das Instrument des Erbbaurechts kann aus unserer Sicht dazu beitragen, dass günstiger Wohnraum geschaffen wird. Allerdings ist dies für uns nicht das alleinige Mittel. Letztlich müssen Invest-itionen und vermehrte Bautätigkeit ein vielfältiges Angebot schaffen, dass jedem die Möglichkeit gibt, in unserer Stadt zu wohnen und zu leben. Investitionen der NBank können den Sozialen Wohnungsbau auch in Oldenburg stärker fördern.

TRANSPARENZ HERSTELLEN

Unsere Demokratie lebt von Beteiligung und Transparenz. Darum wollen wir die Prinzipien des Open Government im Regierungs- und Verwaltungshandeln des Landes Nieder-sachsen stärken. Im Rahmen einer Open-Data-Offensive wollen wir ein niedersächsisches Open-Data- und Informati-onsfreiheitsgesetz ausarbeiten sowie eine niedersächsische Plattform für offene Daten errichten. Außerdem wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, das Bürgerengagement vor Ort zu fördern, indem zum Beispiel digitale Beteiligungs-formen entwickelt werden.

Für Oldenburg bedeutet das: Die FDP setzt sich seit jeher für Datenschutz und möglichst große Transparenz des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern ein. In dieser Kontinuität steht die Open-Data-Offensive und die Forde-rung nach einem Informationsfreiheitsgesetz. Oldenburg kann von einer größeren digitalen Beteiligungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger politisch profitieren, zumal dies auch von vielen Seiten seit langem gefordert wird. Transpa-renz und Bürgerbeteiligung können so verbessert werden.

FÖRDERUNG DES SPORTS

Wir werden die Förderung des Sports in Niedersachsen verstetigen und ausbauen. Dazu gehört für uns die Verstär-kung der Investitionen in die Sanierung von Sportstätten - insbesondere Schwimmbädern - und die Förderung von

modernen Sportstätten mit barrierefreien Zugängen, gesenkten Energieverbrauch und -kosten und mit attraktiven Bewegungsangeboten. Wir werden die Vereine dabei unterstützen, Mitglieder und Angebote nach Ende der Pandemie wiederaufzubauen und damit den Menschen wieder ein breites Angebot des Vereinsports machen zu können.

Für Oldenburg bedeutet das: Wir Freie Demokraten werden uns in Oldenburg für die Vielfalt des örtlichen Sports und seiner Sportstätten einsetzen. Das umfasst die notwendige Sanierung der Bäder im Stadtgebiet sowie den Bau eines modernen (Fußball)-Stadions. Die FDP im Rat der Stadt Oldenburg fordert seit langem einen zeitgemäßen Neubau. Als Freie Demokraten stellen wir uns hinter die Oldenburger Sportvereine und möchten diese in ihren wichtigen gesellschaftlichen Zielen unterstützen und wertschätzen.

KULTUR STÄRKEN

Wir setzen uns ein für einen sukzessiven Abbau des Investitionsstaus in den Kultureinrichtungen des Landes. Die Investitionsdekade werden wir auch auf den Kulturbereich erstrecken und die in die Jahre gekommenen Orte von Kultur, wie Theater oder Museen, sanieren. Kurzfristig wollen wir die Niedersächsischen Theater finanziell so ausstatten, dass sie die anstehenden Tarifierhöhungen tragen können. Kulturticket: Kunst und Kultur in ihren vielfältigen Ausdrucksformen bilden das lebendige Fundament unserer Gesellschaft. Eine Teilnahme an diesen Angeboten darf unter keinen Umständen vom sozioökonomischen Status oder finanziellen Hintergrund abhängig sein, denn Kunst und Kultur sind kein Luxusgut. Durch die Einführung eines Kulturtickets für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende wollen wir diesen vergünstigten Zugang zu öffentlich geförderten Bibliotheken, Museen und Kunstgalerien sowie Theater, Konzerte und Opern ermöglichen.

Für Oldenburg bedeutet das: Die FDP setzt sich ohne Vorbehalte für die Stärkung der vielfältigen Kulturszene in Oldenburg ein. Auf kommunaler Ebene haben wir für junge Menschen den freien Museumszugang bereits durchgesetzt. Auf Landesebene wollen wir dafür sorgen, dass gerade für Kinder und Jugendliche kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen kostenlos zugänglich gemacht wird.

MOBILITÄT

Individuelle Mobilität ist eine Errungenschaft und eine unverzichtbare Lebensgrundlage unserer Gesellschaft. Sie erweitert Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung. Sie bedeutet Wachstum, wirtschaftlichen Austausch, effiziente Arbeitsteilung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir Freie Demokraten sind gegen unverhältnismäßige Verbote in der Mobilität. Wir setzen auf Innovationen, Vernunft und Freiheit.

Wer statt dem Auto auf das Fahrrad zurückgreift, tut nicht nur der Umwelt, sondern auch seiner persönlichen Gesundheit etwas Gutes. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Fahrrads steigern. Dafür muss Fahrradfahren sicherer werden. Deshalb wollen wir den Neubau und die Sanierung von Radwegen an Landesstraßen, aber auch an kommunalen Straßen stärker und unter Berücksichtigung der örtlichen Begebenheiten fördern. In den Städten müssen smarte Park-and-Ride-Systeme zur Reduzierung von Parksuchverkehren gefördert werden.

Für Oldenburg bedeutet das: Als FDP stehen wir hinter dem Ausbau von Fahrradwegen. Allerdings muss hier der Ausbau und die Verbesserung bestehender Wege den Vorrang vor der Einrichtung neuer Fahrradstraßen haben. Nur so werden wir schnell für möglichst viele Menschen ein attraktives Angebot schaffen können. Die Wiederbelebung von Park-and-Ride-Systemen in Oldenburg ziehen wir Parkplatzschließungen, auch temporären wie denen am Schlossplatz, vor.

HOCHSCHULEN

Mit einer Investitionsoffensive für die Hochschulen wollen wir dem Investitionsstau begegnen, der, zusätzlich zum beträchtlichen Investitionsbedarf in der Universitätsmedizin, rund 4,3 Mrd. Euro beträgt. Grundlage für den Abbau des Sanierungs- und Modernisierungstaus an den Hochschulen ist eine transparente Vermögenserfassung, die eine Priorisierung von Investitionsmaßnahmen und eine bessere Planbarkeit für die Hochschulen ermöglicht. Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) betrachten wir neben direkten staatlichen Investitionen als einen wichtigen Baustein, um diesen Investitionsbedarfen zu begegnen. In diesem Zusammenhang muss auch der Hochschulentwicklungsvertrag ab dem Jahr 2024 zu einem längerfristigen Hochschulrahmenvertrag umgebaut werden, der den Hochschulen in den Bereichen Grundfinanzierung, Sanierung und Digitalisierung mehr Planungssicherheit gibt.

Für Oldenburg bedeutet das: Die Freien Demokraten in Niedersachsen und Oldenburg wollen den Hochschulstandort Oldenburg durch deutlich höhere und verlässlichere Investitionen stärken. Die Universität Oldenburg mit ihren An-Instituten, die Jade Hochschule und die European Medical School brauchen auch in Zukunft planbare finanzielle Rahmenbedingungen. Die Universitäten weisen immer wieder darauf hin, dass sie viele Projekte durch ÖPP-Projekte realisieren könnten. Dabei werden wir sie auf Landesebene unterstützen.

SCHULVIELFALT & KITAS

Wir Freie Demokraten schätzen die Vielfalt der niedersächsischen Bildungslandschaft und wollen diese erhalten. Dazu zählt insbesondere das breite Angebot an Schulformen des Sekundarbereichs I. Wir werden auch die Kooperativen Gesamtschulen wieder zu einem möglichen Angebot für Schulträger machen und auch kleinen Haupt- und Realschulen die Möglichkeit

eröffnen, sich beispielsweise zu Oberschulen weiterentwickeln zu können.

Wir werden die Misere in der Unterrichtsversorgung der letzten zehn Jahre beenden. Hierzu werden wir für alle Lehrkräfte das Einstiegsgehalt von A 13 einführen und damit jungen Lehrkräften ein attraktives Angebot machen.

Wir werden das KiTa-Gesetz reformieren und damit die Qualität in der frühkindlichen Bildung deutlich verbessern. Dazu gehören für uns eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten und eine schnelle Refinanzierung der dritten Kraft auch im Kindergarten durch das Land ab dem KiTa-Jahr nach der Landtagswahl 2022.

Für Oldenburg bedeutet das: Auch in Oldenburg sollen Familien und insbesondere die Schülerinnen und Schüler aus einem vielfältigen Schulangebot wählen können. Oberste Maxime ist dabei die bestmögliche Förderung der Kinder- und gerade dafür ist die ausreichende Unterrichtsversorgung an allen Schulformen notwendig. Damit bereits in der KiTa der Grundstein für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt werden kann, wollen wir diese auch Oldenburg zielgerichtet stärken. So wird aus dem Betreuungsanspruch auf dem Papier ein tatsächlich verlässliches Angebot.

**TUN WIR MEHR ALS NÖTIG.
AM 09.10. FDP WÄHLEN.**

Impressum:
FDP Kreisverband Oldenburg-Stadt
Duvenhorst 14
26127 Oldenburg
info@fdp-oldenburg.de
fdp-oldenburg.de

FDP Oldenburg online:
www.facebook.com/fdp.oldenburg
www.instagram.com/fdp_ol/

Freie
Demokraten
FDP



SPITZENKANDIDAT



WAHLKREIS 62



WAHLKREIS 63

**TUN WIR MEHR
ALS NÖTIG.**

**KURZWahlPROGRAMM
OLDENBURG**